



Pressemitteilung

Pressereferat

der Landeshauptstadt Wiesbaden
Schlossplatz 6 · 65183 Wiesbaden
E-Mail: pressereferat@wiesbaden.de
<http://www.wiesbaden.de/presse>

23. Juni 2020

Gesellschaft & Soziales, Homepage

Sozialdezernent Manjura: Handlungsprogramm „Jugend ermöglichen“ jetzt erst recht umsetzen

„Die Wiesbadener Stadtverordneten haben während der vergangenen Haushaltsberatungen für die Jahre 2020 und 2021 insgesamt vier Millionen Euro für die Umsetzung des ämterübergreifenden Handlungsprogramms ‚Jugend ermöglichen‘ zugesetzt. Das war ein beeindruckendes Signal an die Jugendlichen in Wiesbaden. Ein solch klares Signal sollte im Herbst, wenn erneut über Haushaltsmittel beraten wird, erneut von den Stadtverordneten an die Wiesbadener Jugend ausgehen“, fordert Jugend- und Sozialdezernent Christoph Manjura nach einer Sitzung der Lenkungsgruppe zur Umsetzung des Handlungsprogramms, die aus Vertreterinnen und Vertreter betroffener Ämter und Gesellschaften, des Jugendhilfeausschusses und des Jugendparlaments besteht.

Dort bestand Einigkeit darin, dass man am gemeinsam entwickelten Handlungsprogramm festhalten und alsbald erste Maßnahmen daraus umsetzen wolle. Manjura sind zwei Aspekte dabei besonders wichtig. „Die Jugendlichen leben viel mehr als Erwachsene im hier und jetzt. Das hat zur Folge, dass eine Vertröstung auf ‚nächstes‘ oder gar ‚übernächstes Jahr‘ für Jugendliche sehr unbefriedigend oder gar inakzeptabel ist, da sie von der Umsetzung einer Maßnahme dann selbst nichts mehr haben.“

Hinzu komme, dass Jugendliche durch die Corona-Pandemie und die Kontaktbeschränkungen massiv in ihrem Freizeitverhalten und ihrer Verselbständigung

eingeschränkt wurden und werden. Die Präsenzphasen in der Schule beschränkten sich auf reine Wissensvermittlung. Andere Funktionen, die Schule auch hat, wie Begegnung und Austausch mit Freundinnen und Freunden, besondere Erlebnisse wie Klassenfahrten und ähnliches seien unter den Bedingungen von Covid-19-Regeln kaum erlebbar beziehungsweise weggefallen.

„Die Interessen der Jugendlichen sind in den öffentlichen Diskussionen der letzten Wochen nahezu unter den Tisch gefallen – und das obwohl Jugendliche im Vergleich zu ihrem ‚normalen‘ Leben mit den meisten Verzicht üben mussten und solidarisch an der Eindämmung der Pandemie mitgewirkt haben“, stellt Manjura fest.

Viele Jugendliche hätten derzeit das Gefühl, dass ihre Interessen nicht beachtet werden und nicht gefragt würden, wie in der bundesweiten Studie „JuCo; Wie erleben Jugendliche die Corona-Krise?“ nachzulesen sei. Hier gelte es als Kommune gegenzusteuern, damit keine Politikverdrossenheit entstehe und kein Rückzug aus der Gesellschaft gefördert würde.

„Das Handlungsprogramm ‚Jugend ermöglichen‘ hat viele für die Jugendlichen schon unter Normalbedingungen zentrale Handlungsfelder wie zum Beispiel Plätze für Jugendliche im öffentlichen Raum und jugendgerechte Mobilität - aufgegriffen und in einem partizipativen Prozess notwendige Maßnahmen beschrieben. Diese gilt es noch in der jetzigen Jugendgeneration umzusetzen, gerade jetzt“, fordert der Jugend- und Sozialdezernent abschließend.

+++